

Bezugspreis
Der Halle und Umgebungen 2,50 Mark
für die Post bezogen 2,75 Mark
Die halbjährige Zeitung erfordern monatlich 12 Mal
in Cassis-Beilagen
Zustellort: Buchhandlung, Kallische Courier,
Eisenbahnstation des Mittelweges,
Münster, Westfälische Provinz, für den Kreis,
Munich, S. 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100

Morgen-  -Ansaabe.

Anzeigegebühren
für die fünfzehntägige Zeitdauer oder besser davon
für die halbjährige Zeitdauer 200 Pfennig
Bekanntmachung bis zum nächsten Ende bis 10 Pfennig
Kontingenznahme bei der Expedition und allen Inseraten
Ergebnisse
Sprechstunden von 10 bis 12 Uhr
Anzahl Nr. 158.

Halleische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen und die angrenzenden Staaten.

Nr. 439. — Jahrg. 190. | Halle a. S., Dienstag 20. September 1898. | 77. | Berliner Bureau: Berlin SW., Gröbenstraße, 2.

Deutsches Reich.

Der Kaiser hat am Sonntag Nachmittag mit seinem Gefolge, bestehend aus dem Generaladjutant Herrn von Linder, Generalarzt Dr. von Keuthen, den Flügel-Adjutanten Major von Böhm und Major Herrn. von Berg, sowie dem Maler Palat in seinem Jagdschloß Hubertusloß König gehalten, um dort für einige Tage auf die Hirche, die bereits zum größten Teil in der Brunst stehen, zu schießen. Zum ersten Male hat vorgehender der Monarch mit seinem Sonbergzuge die umgebende Landschaft bis Station Werbelitz benützt, wogegen er früher nur von Obermalde aus nach 14 Meilen langer Wogenfahrt das Jagdschloß erreichen konnte. Die Kaiserin wird voraussichtlich nicht nach Hubertusloß reisen, sondern erst in Rominten, zu Ende dieses Monats, ihrem hohen Gemahl Gesellschaft leisten. Der Aufenthalt des Kaisers in Hubertusloß wird wahrscheinlich bis zum 23. d. M. währen, an welchem Tage der Monarch sich Vormittags von dort nach Stettin begeben wird. — Für den Besuch des Kaisers in Stettin aus Anlaß der Einweihung des neuen Hofens ist jetzt das offizielle Programm bekannt gegeben worden. Danach trifft der Kaiser am 12 Uhr Mittags mittels Sonderzuges in Stettin ein und wird am Abend von dem Oberpräsidenten, Staatsminister v. Bülow, dem kommandierenden General v. Langensfeld und dem Oberbürgermeister von Stettin, Geh. Regierungsrath Salen, empfangen werden. Nach dieser Begrüßung begibt sich der Kaiser nach der bei der Reichspost errichteten Landungsbrücke und nach dem Verlassen der kaiserlichen Marine, mit welchem der Monarch oberwärts durch den Ders-Dunig-Kanal nach dem neuen Hafen fährt und vor dem Maschinenhaus landet. Hier wird der Kaiser von den Spitzen der Stadt empfangt und durch den Oberbürgermeister mit einer Feinde begrüßt. Nach einer Erhebung des Kaisers erfolgt die Eröffnung des neuen Hofens mit anschließender Besichtigung des Maschinenbaus, des ersten Schuppens und des gewaltigen Speichers durch den Kaiser.

Das Staatsministerium hat gestern Nachmittag unter dem Vorsitz seines Vizepräsidenten Dr. von Meißel zu einer Sitzung zusammen.

Dem deutschen Juristentag ist auf sein am 14. d. Mts. an den Kaiser gerichtetes Submissions-Telegramm die folgende Antwort zugegangen:
Seine Majestät der Kaiser und Königin lassen dem 24. deutschen Juristentag für den Ausdruck getreuer Weidens danken und seinen nationalen Bestrebungen weiteren gesonderten Erfolg wünschen.

Nach Allerhöchsten Befehl von Eucanus, Geh. Rabinetsrat, die Vertagung des nationalen Moments in dem Kaiserlichen Telegramm ist infolge von besonderer Bedeutung, als es bekanntlich nationaler Wichtigkeit waren, die dem deutschen Juristentag diesmal nach Polen geführt haben. Diesen Bestrebungen wird damit in aller Form die Anerkennung des Kaisers zu Teil.

Dem Vernehmen nach wird ein Gesetzentwurf vorbereitet, der einen besonderen Rechnungshof für das Deutsche Reich vorsieht.

Verantwortlich beauftragte eine solche Vorlage bereits in der Session von 1872 den Reichstag und scheiterte damals, ebenso wie ein in der Session von 1874 vorgelegter Entwurf, vornehmlich an dem Widerstande des Ministers des Reichs des Innern, der sich mit dem Reichstag nicht vereinigen konnte. Die damaligen Abgeordneten Dr. Meißel. Man hat sich bis jetzt damit besonnen, daß alljährlich durch besonderes Gesetz die Vollmacht für die jeweilige Oberrechnungskammer verlängert wird, die Vollziehenden eines Rechnungshofes für das Reich vorzunehmen. Mit der Länge der Zeit haben sich aber die Unzulänglichkeiten dieser Reichsrechnung vermehrt und der preussische Finanzminister drängt darauf, in Würdigung seines seit 25 Jahren eingetragenen Standpunktes, auch hier dem Reich zu geben, was ihm gebührt. Deshalb ist auch die Neubildung der Oberrechnungskammer bei der neuesten Oberrechnungskammer, die seit dem Tode des Herrn v. Wolff erfolgt ist, noch nicht erfolgt.

Bei der Enthüllungsfest des Großherzog Friedrich-Deukaus in Lampertheim im Elsaß hielt der kommandierende General v. Blume die Festrede, in der er sagte:
Diese Feier besahet, daß das Elsaßer Volk sich wieder fühlt als das, was es von Alters her gewesen, als ein Teil der großen und stolzen deutschen Nation, die es nicht mehr von sich lassen wird.
Wieder der Jubel folgte diesen Worten.

Der Festrede der Sibirischen Republik, Dr. Lebed, ist gestern in Berlin angekommen, um sein Beglaubigungs-Schreiben zu überreichen.
Der in der Tagespresse mehrfach erwähnte Beisatz, den der Minister der geistlichen S. Angelegenheiten in Betreff des juristischen Studiums auf außerpreussischen Universitäten des Deutschen Reichs erteilt, hat folgenden Wortlaut:

Auf die Anfrage vom 10. September d. J. erwidere ich Ihnen, daß diejenigen Vorlesungen und Lehungen, welche nach den in Preußen geltenden Bestimmungen zur Vollständigkeit des rechtswissenschaftlichen Studiums gehören, nurmehr auf allen Universitäten im Deutschen Reich gehalten werden, und daß daher den Studierenden der Rechtswissenschaft bei jeder deutschen Juristenfakultät ausgiebig

Gelegenheit geboten ist, den Anforderungen zu entsprechen, welche in Preußen bei der Zulassung zu den juristischen Prüfungen bezüglich der Teilnahme an Vorlesungen und Lehungen gestellt werden.

Wie schon früher mitgeteilt, wird im Reichshaushaltsetat für 1899 die Position des Reichszuschusses für die Invalidität und Altersversorgung eine solche Erhöhung erfahren, daß sich der Betrag auf über 25 Millionen Mark belaufen wird. Die Erhöhung ist wesentlich bedingt durch die Zunahme der Zahl der Invaliden, deren Kosten bekanntlich die der Altersrenten bereits übersteigen. In einigen Blättern wird nun dem Evidenten Ausdruck gegeben, daß die in Aussicht genommene Erhöhung aus dem tatsächlichen Bedürfnisse genügen und man nicht wieder eine Ueberbürdung des Staatsanwages wie fast regelmäßig in den letzten Jahren zu erwarten haben wird. Man verweist zur Begründung dieser Ansicht auf die Zunahme, welche die Altersrenten an weibliche Werkstätten, die eine Eile einengen, und an die winterlichen vertriebenen Beschäftigten haben. Es läßt sich nicht leugnen, daß diese Beschäftigten in den letzten Jahren stetig vermehrt geblieben sind. Es sind überhaupt erst nach dem Verlauf einer Wartezeit von 5 Beiträgen, also etwa 4½ Kalendern Jahren möglich geworden und hatten sich in der Zeit seit Ende 1895 bis Ende 1897 auf 3,4 Millionen Mark erhöht. Man wird auch nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß in dem kommenden Jahre die Zahl erreicht werden wird. Inwiefern haben die Leistungen dieser Erstattung mit dem Reich sehr wenig zu thun. Das Reich wird davon nur in ganz geringem Maße in Mitleidenschaft gezogen und zwar nur insoweit, als von den Erstattungsberechtigten bezogenen verwendet sind. Wie geringfügig die dabei in Betracht kommenden Summen sind, geht daraus hervor, daß von den 3,4 Millionen Mark Erstattungen, die bis Ende 1897 gezahlt sind, genau 370,4 Mark auf das Reich entfallen sind. Das ist ein so geringer Betrag, daß man ihn auch bei der Aufstellung der Budgets für die Jahre der nächsten Jahre in den Etat eines zufälligen Summe für den Reichszuschuss gendentlich unberücksichtigt läßt.

Der Unterschied zwischen den Gehaltsansprüchen des inneren und äußeren Dienstes soll gänzlich wegfallen. Die Stations- und Bureauansichten sollen von nun an nach einheitlichen Regeln und die Vorläufe der verschiedenen Bureau des Reichs einheitlich geregelt werden. Das bei der Umänderung die Gehaltsstaffel des inneren Dienstes zu Grunde gelegt werden soll, ist noch zweifelhaft.

Zu der am 27. September in München stattfindenden ersten Verhandlung des Verbandes deutscher Arbeitervereine hat auch der frühere preussische Handelsminister von Bismarck seine Teilnahme angekündigt. Die Stadt Bielefeld wird durch drei Delegierte vertreten sein. Der Arbeitsnachweis des Vereins Berliner Brauereien entsendet zwei Arbeiter, einen Brauer und einen Wirtler, als Vertreter nach München.

Die Verhandlungen Bayerns mit Preußen über die Waimarer Angelegenheit, entsprechend der bei dem vorjährigen Kaisermandat gegebenen Fassung des Friedens an den Heiligen Ludwig von Bayern, am 30. September in München beendet.

Die deutsche Marinekommission ist am Samstag nach London abgereist, um an den Protestanten des in England erbauten ersten Torpedosubmarineren teilzunehmen. Das Schiff trifft Ende September in Kiel ein.
Das Landgericht München I hat entgegen der Entscheidung des Amtsgerichts München II in der Angelegenheit des Schriftführers Bismarck gegen die „München Freiheit“ das Hauptverfahren eröffnet. Man wird wohl das politische Wiederspiel eine große Freude haben. Freilich, von langer Dauer dürfte dieselbe kaum sein!

Zur Bekämpfung des Anarchismus verlaunt in Wien in unterrichteten Kreisen, die italienische Regierung beabsichtigt die Veranstaltung einer Konferenz behufs Beratung gemeinsamer Maßnahmen zur Bekämpfung des Anarchismus anzugehen. Überdies läßt sich das „W. Wiener Tagblatt“ in ganz entgegengelegelter Sinne aus Rom berichten. Ein reichliches Telegramm des genannten Blattes lautet nämlich:

In den hiesigen politischen Kreisen bezweifelt man, daß es zu einer internationalen Konferenz, betreffend die anarchische Frage, oder auch nur zu einer Initiative seitens einer Macht bezüglicher Vorbereitung einer gemeinsamen Beratung kommen werde. Nichts desto trotz hier die Ansicht, daß internationalen Beschlüsse gar nicht wünschenswert seien, weil hierdurch dem Anarchismus ein Helfer gegeben würde, das jeder zu vermeiden ist, und daß durch die Bekämpfung einer großen Aktion die Maßnahmen der Polizei, die in der Folge getroffen seien, aber beinträchtigt werden könnten. Ein Vorkommnis in der Politik ist allein erforderlich, dem es müsse auf das anarchische Verbrechertum von allen Seiten Jagd gemacht werden und hierzu werden sicherlich alle Regierungen aus ohne besondere Vereinbarungen bereit sein, auch die italienische. Als solchen Vorgehen Landesgeleite etwa im Wege stehen, werde man sie abändern oder durch neue ersetzen, denn nach hiesiger und auch anderswärts geheimer Auffassung seien die anarchischen Verbrechertum als außerhalb des Gesetzes stehend zu behandeln.

Parlamentarisches.

Die Landesversammlung der nationalliberalen Partei war Sonntag Mittag im Reichstagsgebäude zusammengetreten, nachdem der Centralverband am Sonnabend Nachmittag getagt hatte. Es waren etwa 80 Vertreter erschienen, u. A. Dr. Sammauer, Sobroch, Baffermann, Dr. Böcker (früherer Reichstags-

abgeordneter für Waldeck), v. Schendendorff, Dr. Sammner, Vorsitzender des Centralverbandes, leitete auch diese Verhandlung und wählte zunächst den unterischen Vorsitz. Hierzu wurde Bericht über die Lage in den einzelnen Landesparteien beige. Maßregeln erteilt und der vom Centralverband vorgelegte Wahlauftrag genehmigt. Der Wahlauftrag soll heute erscheinen.

Von konservativer Seite sind in diesen Tagen verschiedene Landtagskandidaturen aufgestellt, so im Wahlkreise Altemel-Beckendorf die des Reichers Büttgerich in Warkentin, in Raminitz-Staffeln die des Mittelgutsbesizers Wämers Kallmüchters und des Gutsherrn Gottschall-Sauerwalde. Im Wahlkreise Ujedom-Wollin wird entweder Mittelgutsbesitzer von Böhlenhof oder Landrat v. Wulfamer vorgeschlagen werden. Letztere Möglichkeit veranlaßt der „Freisinn“ die schärfste Beachtung, weil nicht zu viel Vertreter der Familie v. Wulfamer in den Landtag kommen könnten. Die „Freisinn. Ztg.“ wird eben von Tag zu Tag laediger. — Die Nationalliberalen haben für Wiesbaden (Land) den bisherigen Abgeordneten Wolff wieder aufgestellt. — In Elmshorn ist Kaufmann Carstens als freisinniger Kandidat aufgestellt worden.

Zum Tode der Kaiserin von Oesterreich.

In der Hofburgkapellkirche zu Wien, deren Inneres schwarz verhängt war, wurden gestern Nachmittag die Leichen für Kaiserin Elisabeth abgehalten. Bei denselben waren außer dem Kaiser die Erbkönigin und Erbköniginnen anwesend, ferner die Herzogin von Württemberg, Prinz und Prinzessin Leopold von Bayern, die gezeichneten wie die Reichspräsidenten Minister der ungarische Ministerpräsidenten Baron Szarany und Minister Baron Fernar, der hohe Adel, die Spitzen der Behörden und die Generalkität. Nach Beendigung der Leichen wurde sich der Kaiser in die Hofburg, von wo er um 6 Uhr Abends nach Schönbrunn zurückkehrte.

Mit dieser Feier muss dem gestern mitgetheilten Dankeschreiben des tiefgebeugten Kaisers Franz Josef an eine Weise erfüllt werden die traurige Episode ab, die das schauderhafte Verbrechen von Genf über Oesterreich-Ungarn, über ganz Europa verhängt hat. Der heimtückische Stof, dem Kaiserin Elisabeth zum Opfer fiel, geht in nicht vieler Jahre, schwergeprüften Frau, er galt der Hauptkennzeichen eines der europäischen Herrschergeschlechter und damit der heiligen Staatsordnung Europas. Die würdigen Worte, mit denen Kaiser Franz Josef sich an seine Väter wendet, werden in der ganzen weltweiten Welt einen tiefen Widerhall finden, aber über der teilnehmenden Trauer dürfen die Pflichten nicht vergessen werden, die das entsetzliche Ereignis aller europäischen Regierungen in erhöhtem Maße auferlegt. Vor allen Dingen muß der Nihilismus gebrochen werden, mit welchem die Sozialdemokratie, die Verdrüß und Wohlwunders des Anarchismus, seit 1890 in fortgesetzter heillosen Weise ihr Haupt erhebt. Wir sind heute glücklich dazu gelangt, daß weite Kreise die Sozialdemokratie nicht mehr als eine geschworene Feindin, sondern als eine ganz verdrüßte Erscheinung ansehen. Geht es weiter auf diesem Wege, so wird man sich über die Folgen nicht wundern dürfen. Genf war noch einmal ein warnender Fingerzeig.

In dem Bericht der „Wiener Zeitung“ über die Leichenfeier in der Kapellkirche wird hervorgehoben, daß der Kaiser sich in dieser traurigen Stunde die Pflicht des Vaters über und seinem Freunde und Bundesgenossen, dem Kaiser Wilhelm, bei dem Vertreter der Kaiserin-Rinde den Vortritt ließ.
An dem Diner in der deutschen Volkshaus nahmen außer dem Reichspräsidenten Fürsten zu Solmslohe auch der Staatssekretär Staatsminister v. Bismarck, die Mitglieder der deutschen Botschaft, sowie das Gefolge und die Ehrenretter des Kaisers Wilhelm teil. Nach der Tafel hielt der Kaiser Wilhelm Worte und fuhr sodann direkt nach dem Palast. Ferner traten Wendes ab: der König von Serbien, der Prinz-Albrecht von Preußen, der Herzog Nikolaus von Württemberg, der Kronprinz von Italien und der Großfürst Alex.

In Budapest besteht große Verwirrung über angebliche Zurückzügen, die die Vertreter Ungarns in Wien bei der Bekämpfung der Kaiserin Elisabeth erfahren haben sollen. Aber die Verwirrungen, die man in Budapest aus diesen Anlässen erlebt, liegt folgendes Telegramm von dort vor: Zur Bekämpfung kamen aus Ungarn zahlreiche antirische Abordnungen. Abermals wurden die Ungarn zurückgeleitet. Auf den antirischen Trauerabschieden fand überall nur „Austria imperatrix“, und erst auf Reclamation des ungarischen Ministers Bercel wurde beim Oberhofe ebenfalls nach Nacht auch die Auffahrt „et regina Hungariae“ beigestellt. Beim Sockel wurde der ungarische Hoflerus gänzlich ignoriert. Trotzdem die ungarischen Bischöfe vollständig korporativ erschienen, wurde ihnen in der Kirche kein Platz eingeräumt, sie verammelten sich beim Fürstentum Bassary, welcher auch beim Hofmeister reichlich nach unterrichtete, ohne Absicht zu erlangen. Bis etwa 200 Abgeordnete und Magnaten unter Führung des Ministerpräsidenten Banffy zur Kirche sogen, erlöste der Ruf: „Die Herren vom Komitat zurück!“ Erst nach Aufführung wurde der Zug bis zur Kirche gelassen, wurde jedoch nicht. Die Generale führten die Politiken an, weshalb die Ungarn so viel vorgelassen würden. Der Kaiser



Dorfbürgermeister und der Bürgermeister wurden in die Kirche nicht eingelassen. Bürgermeister Wank ließ sie am Arme, verhoffte sich Durchgang und führte die Bürgermeister in die Kirche zu jener Stelle, wo der Wiener Bürgermeister stand. Als die Wohnungen beider Häuser des ungarischen Reiches unter Führung von Kaiserlichen ihren Platz zur Kirche hielten, traten wieder aus dem Publikum Schärfer gegen Ungarn. Nachträglich wurde festgestellt, daß die Schärfer von Wiener Gemeinderaths-Mitgliedern bestritten. Es muß aber abgewartet werden, wie weit sich diese Willkürlichen bewegen. Begebenfalls dürfte die schuldigen Beamten hinsichtlich des höchsten Rades des Reichs treffen.

Nach einer nach London gelangten Mitteilung ist Suchen die Mitglieder einer vor zweieinhalb Jahren nach New-York ausgewanderten Anarchistenbande, deren Mitglieder sich zurückziehen, um gekörnte Häuser zu erwidern, während die Führer der Bande in New-York sitzen.

Zur Dreifus-Affäre.

Die Redaktions-Kommission hat ihre Arbeiten damit begonnen, daß zunächst der Referent Conturier das Material für den nürnbergischen Rapport durchsuchte. Auf was er sich stützt, kann unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Redaktion nicht bekannt gemacht werden. Bekannt ist die Wichtigkeit des Kassationshofes, zu welcher ebenfalls die Anwesenheit von Dreifus erforderlich sein wird. Es sollen bereits beschließliche Ordres nach Genäve gegangen sein. Auch die Vernehmung Eberhards, der sich wieder in der Umgegend von Paris aufhält und durch die „Libre parole“ sein angebliches Geschwätz mit einem Londoner Journalisten benimmt läßt, soll notwendig sein.

Zuletzt sagt in seinem heutigen Schlagartikel in der „Republ.“ über die Dreifus-Affäre, von Henry und seine Komploten hätten den famosen Briefwechsel zwischen Dreifus und Kaiser Wilhelm gegenüber seine persönliche Stellung angegriffen. Die Redaktionen im neuen Dreifus-Prozess vorgelagert, damit die Schmach der Schuldigen vor aller Augen offenbart werde.

England und Frankreich.

In einem Zusammenstoß zwischen Engländern und Franzosen wegen der Befragung von Faldobas scheint es nun doch, wie wir schon gestern berichtet haben, nicht kommen zu sollen. Die Franzosen hätten eine gewisse Illusion aufgegeben und die Faldobas vor, was sie um so leichter thun können, als die Expedition Marschall seinen amtlichen Auftrag zur Befragung Faldobas hatte. Gleichzeitig aus Paris und London wird heute gemeldet, daß eine Verständigung zwischen beiden Regierungen in Werke, wenn nicht sogar schon erfolgt sei. Der „Figaro“ verzeihet das Gerücht, die Expedition Marschall habe Befehl erhalten, Faldobas zu verhaften; der Befehl sei ihr durch englische Vermittlung gütlich worden. Und nach einer Depesche der Londoner „Daily Mail“ ausairo habe die französische Regierung England gegenüber eine persönliche Stellung angenommen und erklärt, daß die Expedition Marschall seine offizielle sei. Der Sirbar werde Marschall die Angelegenheit auseinandersetzen und ihm anbieten, ihn nachairo zu bringen. Das Blatt fügt hinzu, es habe Befragung des Obigen aus unabhängiger Quelle erhalten; es verlautet, daß bereits ein Abkommen abgeschlossen sei, das sich auf die Wiederbefragung Faldobas durch die Regierung beschränke. Wie man ferner aus Paris erfährt, hat auch der Herzog von Connaught in der Abschiedsaudienz bei Präsident Faure den Eindruck erhalten, daß Frankreich nicht geneigt ist, aus der Affäre wegen Faldobas, wie immer deren Ausgang sei, ernstere Konsequenzen zu ziehen.

Nebenfalls acht uns dieser Entwicklung der Dinge zur Genuge hervor, daß Frankreich nicht die Absicht hat, den Engländern in Ägypten irgend welche Schwierigkeiten zu machen.

Der Aufbruch in Kreta.

Obdem Salda ließ durch Maueranschläge und öffentliche Anwesenheit der Bevölkerung in Kandia bekannt geben, daß auf Befehl des Sultans die Waffen an eine gute besonders ernannte Kommission auszuliefern seien. Die Auslieferung ist bereits begonnen worden. Die französischen, italienischen und russischen Kriegsschiffe und Truppen sind von Kandia nach Kana abgegangen.

Niederlande.

Endgültig: kein Atlantik.

Das in der auswärtigen Presse verbreitete Gerücht von einem der Königin Wilhelmina Ende August während ihres Aufenthalts in Soerabidj begangenen Suizidfall ist, wie nunmehr amtlich mitgeteilt wird, völlig grundlos. Es ist weder die Königin, noch ihrer Hofdame irgend etwas passiert, was das Gerücht erklären könnte.

Ungarn.

Bei den Ergänzungswahlen zur Sobranie für 9 Deputierten in 7 Wahlkreisen wurden durchweg Kandidaten der Nationalpartei gewählt, darunter in Sofia der Justizminister Jazov. Adelsmann ist bei der Wahl unterlegen. Die Wähler haben sich nach dem neuen Wahlgesez, unter der Kontrolle der Richter und der Kandidaten vollzogen. Die Ordnung wurde nirgends gestört.

Rußland.

Befestigungen in Klein-Asien. Es verlautet, die große Militärkommission im Hilis-Stoß sei mit der Frage der Schaffung eines Befestigungssystems für Armenien beschäftigt. Nach dem vorliegenden Plane sollen außer dem bereits besetzten Gezerum noch Wan, Bitlis, Erzerum und Sinas Befestigungen erhalten.

Telegramme.

Berlin, 20. Sept. Der bisherige Landtagsabgeordnete Ludolf Barckhausen hat sich dem Reichstag der freisinnigen Volkspartei mit, daß er aus Gesundheitsrücksichten eine Wahl nicht wieder annehmen könne.

Budapest, 20. Sept. Der wegen Unholmsfähigkeit von seinem Amte suspendierte Gonaraber Barrer wurde wegen Unterthänigung von Weiskeltern verhaftet. Im Ganzen sind in dieser Angelegenheit bisher 7 Personen verhaftet worden.

Befrag, 20. September. In Moskau vergiftete eine Frau innerhalb eines halben Jahres ihren Gatten, ihre drei Söhne, sowie noch drei andere männliche Verwandte, im Ganzen also 7 Personen, um das Erb ihres Liebhabers zu erhalten.

Paris, 20. September. Der Redakteur des „Temps“, Prefcomte, erhielt vom Großfürsten der Grentigin ein Schreiben, daß er vor eine Untersuchungskommission werde gestellt werden.

weil er in einer Volksversammlung, in welcher die Armees am gegriffen wurde, den Vorzug geübt habe.

London, 20. Sept. Eine heftige Feuersbrunst zerstörte in Millwall eine Nebenhalle und 2 Lagerhäuser. Der Schaden wird auf 100 000 Pfund geschätzt.

Montreal, 20. Sept. Durch einen heftigen Orkan wurden viele öffentliche Gebäude zerstört. Auf dem Korzeile sind viele Personen in Folge des Orkans umgekommen.

Madrid, 20. September. Einige Theile des Landes wurden durch einen heftigen Sturm heimgesucht. In Sevilla sind 9 Personen und Leben gekommen mehrere verwundet. In Guadalupe sind 85 Gebäude zerstört, die Zahl der getödteten oder ver wundeten Personen ist nicht bekannt.

Madrid, 20. September. Die Königin-Regentin antwortete auf ein Rundschreiben Marowajews und hebt rühmend die Anregung des Jaren hervor. Ein Abgeordneter soll, sobald die Konferenz zusammentritt, antworten werden. Die Regierung versichert, sie habe General Gando nicht zur Rückkehr ermächtigt, Gando sei von Blanco mit einem besonderen Auftrag betraut. Der Marineminister stellt in Worte, die Vertheilung der Offiziere an den verschiedenen Stellen anlässlich der Heimkehr der Truppen festzustellen zu haben, er habe die Offiziere nur ermächtigt, die gesungen zurückkehrenden Vater zu befehlen.

Hallesche Zeitungsblätter vom 20. September.

Der Herausgeber dieser Original-Reservierungen ist nur mit vollständiger Zustimmung gestattet.

— Eine für unsere Bürgerpflicht hochverehrte Mittheilung machte Herr Oberbürgermeister Staube der Stadtvorordneten-Versammlung in ihrer öffentlichen Sitzung. Danach war ihm (lesen durch Herrn Landgerichtspräsident Dr. Schmidt, der zu diesem Zweck eigens den Herrn Oberbürgermeister im Magistratszimmer aufgesucht hatte, ein Schreiben eingehend, durch welches die Vornahme der geplanten Justiz-Rebauten in unserer Stadt im Sinne und nach den Wünschen der städtischen Behörden und der Bürgerschaft gewährleistet wird. In dem Schreiben theilt der Landgerichtspräsident Dr. Schmidt den städtischen Behörden mit, daß der Herr Justizminister den Kaufpreis von 600 000 Mk. für das von der Stadt zu den Justiz-Rebauten angebotene Terrain an der Bohrer-Teil des Schulgrundstückes und dem Schul-eigenthümer-Grundstück bewilligt und den Herrn Landgerichtspräsidenten beauftragt hat, den betreffenden Vertrag vorbehaltlich seiner Genehmigung mit einigen geringen Änderungen, aber welche sich leicht ein Einverständnis erzielen lassen werde, abzuschließen. Der Herr Landgerichts-Präsident verband mit dieser Mittheilung den Ausdruck ausdrücklicher Freude über diese einträgliche Lösung der Angelegenheit und begründete zugleich die Bürgerschaft unserer Stadt zu der damit in Aussicht stehenden Erfüllung ihrer langgehegten Wünsche. Herr Oberbürgermeister Staube betonte, daß die städtischen Behörden in voller Uebereinstimmung mittheilen, was Herr Landgerichtspräsident Dr. Schmidt in seinem Schreiben ausgesprochen habe. Dem letzteren gebühre Dank dafür, daß er so energisch für die Interessen der Stadt und der Bürgerschaft eingetreten sei; die städtischen Behörden seien überzeugt, daß dieser Stellungnahme des Herrn Landgerichtspräsidenten wesentlich mit die glückliche Wendung, welche die Angelegenheit genommen habe, zuzuschreiben sei. Herr Landgerichtspräsident Dr. Schmidt habe mündlich auch noch der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Mittel zum Ankauf der in Frage stehenden Grundstücke schon in den nächst folgenden Etat werden eingestellt werden, wie er andererseits versichert habe, auch in Zukunft mit aller Energie für diese Sache thätig zu sein. Diese Mittheilung wurde von der Stadtvorordneten-Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

— Stadtvorordneten-Versammlung. In der gestrigen öffentlichen Sitzung gelangte die Magistrats-Vorlage zur Beratung, den im Jahre 1890 gefassten Beschluß, wonach die Grundstücke Mauerstraße Nr. 18-21, die bestantig 2 Häuser, 3 Hietel am Brandesplatz, nicht sollte wieder bebaut werden dürfen, aufzuheben. Eingehend hatten sich Bau-Kommission und Finanz-Kommission wie auch der Magistrat mit dieser Sache beschäftigt; die Meinungen gingen sehr auseinander; schließlich wurde beschloffen, den Beschluß von 1890 zurück zu ziehen, insofern der erwähnte die Versammlung den Ankauf des Grundstückes am Mauergrundstückes zum Preise von 15 000 Mk. Weiler wurde die Einleitung des Enteignungs-Verfahrens über einen Theil des von dem Grundstücken Mauerstraße Nr. 99 und 101 zur Straße entfallenden Landes, und über die Vertheilung des Grundbesitzes an den Mauergrundstücken im Jahre 4000 Mk. beschlossen. Zur Erinnerung eines juristischen Hilfsarbeiters beim Magistrat wurden auf die Monate November und Dezember noch je 300 Mk. bewilligt. Entlohnung wurde ertheilt für die Nachschau der Brumbaro-Strasse für 1896 und für die Revision der Mauer-Strasse für 1897. Der Magistrat hat die Vermehrung einer Wohnung im städtischen Grundstück Schimmelstraße Nr. 2 an den Polizeivoten Weder und einer Wohnung im Hause Schimmelstraße Nr. 3 an die Wittwe Blische ausgegeben. Die Veräußerung von Herbarzellen an Heinenweg und an der Mauerstraße Schaulle an den bisherigen Wächter Herrn Mittelmeier. Auch wurde genehmigt. Zur Einleitung des Conzesses zu baulichen Veränderungen im Hause des Herrn Geh. Culturrath Schiedmann in der großen Steinstraße sprach die Versammlung nachträglich ihre Zustimmung aus. Auf die von Herrn Mittelmeier im vorigen Jahre gegen die Stadt anhängig gemachten Prozeß Mittheilung gemacht. Außerdem berathete, wie an anderer Stelle mitgeteilt wird, Herr Oberbürgermeister Staube über die neueste erkrankte Lechade hinsichtlich der begebenen Justiz-Rebauten. In der gestrigen Sitzung wurde beschlossen, Herrn Stadtrath Gerlach bei seinem Rücktritt in den Ruhestand am 1. Juli n. B. ein Gehalt von 5000 Mk. zu gewähren. Für die Neu-Belegung seiner Stelle soll einer der in enger Wahl wegen der Beliebtheit Stelle gezogenen vier Bewerber berücksichtigt werden. Außerdem wurde nach die endgültige Anstellung des Bureauaufsehers Heitke als Assistent beschlossen.

Aus der Provinz Sachsen und ihrer Umgegend.

Der Herausgeber dieser Original-Reservierungen ist nur mit vollständiger Zustimmung gestattet.

— Hitzsch, 19. September. (Gau-Adolf-Fest.) Der Gau-Adolf-Fest-Comitee haben heute gestern Nachmittag sein Jahresfest in Großgörschen und Hitzsch. Die Festpredigt in der Kirche zu Großgörschen hielt Herr Sup. a. D. H. Wald aus Döpenau in Burg über die Psalme 14-16. Festprediger der Brüderkirche in Hitzsch war Herr Pastor und Redner führte aus, daß derselbe ein Heile Gottes ist, erretten und befehlen will er sein Volk von seinen Feinden und that es in der gewissen Hoffnung des Sieges. Die Redner fand im Saale des Gasthofes „Am weißen Schwan“ in Hitzsch statt. Herr Pastor K. in Hitzsch ertheilte die Segnung. Herr Pastor Baermann-Schafel sprach über Schattenseiten und

Herr Pastor Hofmeister-Bobles über Abscheuen in Italien. Herr Pastor Feld-Wagen ertheilte Bericht über die diesjährige Hauptversammlung des Provinzialvereins in Gorbalegen und Herr Sup. a. D. H. Wald in Gorbalegen über die diesjährige Hauptversammlung des Provinzialvereins in Gorbalegen. Herr Kantor Barth, indem er mit seiner Schauliste dreizehnhundert geistliche Güter zum Vortrag brachte. Die Collette betraf auf 51 Mt., außerdem wurden noch 53 Stück der Kollate-Adolf-Schrift vorkam.

Gröden, 19. September. (M. i. e. n. a. r. t. - G. e. b. a. n. g.) Vom beschriebenen Herdennetter brünnlich, konnte das nach vielen Tausenden zählende Publikum, welches zu Fuß, zu Wagen, per Eisenbahn — mit Ortstagen — neuem und hute zum Wienmarkt kam, sich nach Herzenslust amüßeln. Viele Schauläden, Dampfbrunnen, Wurfbuden und Bestrahlungen, im Ganzen gegen 1000 Buden, wurden errichtet. Der Bier- und Weinmarkt wurde Vermittelt war auf getrieben, auch wurden tolle Gelächter gemacht. Der Scherenschnitt wegen der herrschenden Volksausdehnung. — Aus Frankfurt vor einer Gefangenschaft hat sich gestern der Verze-man D. o. m. o. r. o. s. i. l. i. e. r. b. a. n. g. (A. n. o. z. i. e. r. u. n. g.) Die hiesige congregele Reglerkirche, eines der ältesten Gottesdiener-Gebäude, wird im kommenden Frühjahr vollständig renovirt. Aufgleich wird eine neue Orgel aufgestellt, für welche bereits ein Fonds von 15 000 Mt. angeammelt ist.

W. G. o. t. t. a, 19. September. (G. e. n. e. r. a. l. e. n. t.) Der hier im „Europäischen Hof“ logierende Oberst des Kaiserregiments Nr. 36, v. A. n. t. e. hat dem Vorlesenden des hiesigen Vereins ehemaliger Ober 100 Mt. für den Fahnenfonds des Vereins übergeben.

Kochstedt, 19. Sept. (M. i. e. n. a. r. t. e. r. i. c. h. e. n.) Gelegenheits- und Tagelöhner in einem hiesigen Gasthof errichteten der frühere Polizeidirektor S. t. r. u. m. p. und der Füllereidrich Wilhelm Körner in Streit. Während Körner auf der Straße stand und Strumpf aus dem Reiser seiner Wohnung sah, wurde der Wortkampf fortgesetzt, der schließlich dahin führte, daß Strumpf ein mit einer Angel gehaltenes Fischein auf Körner abwarf. Die Angel drang tief in den Kehrlapp und durchschlug die Lufttrache. A. brach aus der Stelle zusammen und starb. Es gelang nicht gegen 1/2 Uhr Morgens. Der Fischhaken war vielfach verbeult; er war sehr beirathet und Vater eines Kindes. Strumpf ist verhaftet.

Th. W. o. h. l. d. i. e. n. t., 19. September. (G. e. n. e. r. a. l. e. n. t.) Die Frau des hiesigen Pastors hat sich im Gefängnis erkümmert, nachdem sie eingekerkert hatte, ihr im August angeblich in einem Eimer etwaniges dreißigjähriges Stiefkind ermordet zu haben.

Th. K. o. b. u. r. g., 19. September. (D. e. r. g. e. m. e. i. n. s. c. h. a. f. t. l. i. c. h. e. G. e. n. d. i. c. a. n. d. i. e. r. i. c. h. e. n.) In seine Wohnungen geschlossen; der hiesige hiesige Hofbesitzer zusammengetragen.

W. G. o. t. t. a, 19. Sept. (W. o. d. e. n. e. l. e. k. t. r. i. s. c. h. e. n. b. a. h. n. e. n.) Im Herzogthum Gotha sollen nach einer in Waltershausen eingetroffenen offiziellen Meldung die Strecken Gotha-Waltershausen-Laburg und Gotha-Friedrichsdorf zuerst in Kraft genommen werden. Zu gleicher Zeit wird in Waltershausen ein Elektrizitätswerk errichtet.

Lob-Stühle.

— H. e. n. e. b. u. r. g., 19. Sept. Der hiesige Oberbürgermeister Geh. Regierungsrath Wilhelm Zosobig, Mitglied des Verordnungs- und Ausschusses, ist gestorben.

Berliner Chronik.

— Meist die Streitvorgänge in Gendarmen hat wie mitgeteilt wurde, der Kaiser selbst und der Reichspräsident in Potsdam von der Polizeidirektion Bericht eingehend. Legterer hat, falls es erforderlich sein sollte, polizeiliche Verhältnisse von außerhalb an. Oberbürgermeister Köhler hat darauf über die Lage referirt, an den Kaiser auf dessen Befragen telegraphisch. Die vom Regierungspräsidenten angebotene Unterstützung durch auswärtige Polizeidirektoren ist ebenfalls in Aussicht genommen. Man befürchtet nämlich, daß die Duldung der Unruhen nicht wieder geübt werden. Inzwischen werden die Maßnahmen der Polizei zum Schutze der italienischen Mauer aufrecht erhalten; auch werden die Bauarbeiten, auf denen Italiener arbeiten, nicht bemerkt, darunter der Bau des Rathens für das Opernhaus des Gotha-Vertheilungsbüros von einem Ministerium. Man befürchtet nämlich, daß Verträge zur Beschleunigung des Bauwerkes und der Mithungen gemacht werden. Heute G. u. s. t. a. n. d. Und da eifert die freisinnige Presse nun immer gegen die Deutsche Kaiserzeit. Das ist doch überaus charakteristisch.

— Aus Stolz verheiratet. In der Salitzer Straße 54 wohnt ein hiesiger Mann, der 40 Jahre die Wittwe des Klempnermeisters Schulz, Wilhelmine geb. Kästner, Frau Schulz, welche von dem Nachlass ihres Mannes lebte, war ungemein reich und unabh. Mit ihrem Hausgenuß wollte sie ein Wort, Niemandem widmete sie auch nur eines Blickes. Wenn sie allmonatlich die Wittve besuchte, sollte sie der Verwalterin das Geld auf, nach die Duldung der Unruhen nicht wieder geübt werden. Inzwischen werden die Maßnahmen der Polizei zum Schutze der italienischen Mauer aufrecht erhalten; auch werden die Bauarbeiten, auf denen Italiener arbeiten, nicht bemerkt, darunter der Bau des Rathens für das Opernhaus des Gotha-Vertheilungsbüros von einem Ministerium. Man befürchtet nämlich, daß Verträge zur Beschleunigung des Bauwerkes und der Mithungen gemacht werden. Heute G. u. s. t. a. n. d. Und da eifert die freisinnige Presse nun immer gegen die Deutsche Kaiserzeit. Das ist doch überaus charakteristisch.

Aus Rath und Fern.

Wismars Hinterlassenschaft. Die „Nat.-Bl.“ schreibt: Am den, in gewissen Blättern immer wiederkehrenden, willkürlichen und übertriebenen Schätzungen des vom Frühlen von Wismar hinterlassenen Vermögens, was man sich von dem, dazu beschriebenen Kommentare entgegen zu setzen, ist die „Z.“ durch eine unrichtigere Seite zu der Mittheilung ermächtigt, daß das ganze Kapital und Baarvermögen des Nachlasses noch nicht aweißehalb Millionen Mark betragen hat, und daß er für die Erben mit bedeutenden jährlichen Erträgen und Abgaben versehen ist. Die Vertheilung des Vermögens wird in Wismar und eine Anzahl unveräußerlicher ständiger Schenkungen, deren Geldwerth insgesamt erbtlich auf 150 000 Mk. ankommen ist.

Die Vermählung der Prinzessin Feodora, der Wittve uneres Kaisers, wird am nächsten Sonnabend, den 21. d. M., in Wreslau der Brautmutter der Kaiserin, der Kaiserin, in Gegenwart der Königin von Sachsen werden der Kaiserin bezeugen. Aus der Kaiserin ist der Bildhauer Werner Weges, der jüngst die Wittve der Prinzessin von Meiningen und der jugendlichen Braut entlobt hat, mit einer Einladung bedacht worden. Die standesmäßige Trauung der Prinzessin findet unmittelbar vor der Fahrt zu Friedrichshagen in den dortigen Governmental-Gebäude statt. Als Standes-

